



Podiumsdiskussion am 16. Dezember 2011 in Ludwigsburg

zum Thema

„Stadtentwicklung und Integration Jugendlicher in Deutschland und Frankreich“

In den vergangenen Jahren ist deutlich geworden, dass die kulturelle, in gleichem Maße aber auch die wirtschaftliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland und Frankreich zu einer zentralen Aufgabe geworden ist. Beide Gesellschaften sind zur Sicherung ihrer langfristigen Zukunftschancen darauf angewiesen, eine bessere Teilhabe vor allem der jungen Generationen aus Zuwandererfamilien zu erreichen.

Den Problemen und Herausforderungen von sozialer und räumlicher Spaltung wird in beiden Ländern mit unterschiedlichen Strategien und Programmen, vor allem auf dem Gebiet der Stadterneuerung, begegnet. Der kommunalen Ebene kommt dabei in beiden Ländern eine herausragende Bedeutung zu, denn dort muss die jeweilige Integrationspolitik umgesetzt werden.

Ein gemeinsames Forschungsprojekt des Deutsch-Französischen Instituts und der Wüstenrot Stiftung untersuchte anhand von zehn Fallbeispielen die Wechselwirkungen von Stadtentwicklung und gesellschaftlicher Integration von Jugendlichen im Kontext sozialer und räumlicher Segregationsprozesse in Deutschland und Frankreich. Zugleich bildete es einen weiteren Baustein in der gemeinsamen Initiative des Deutsch-Französischen Instituts und der Wüstenrot Stiftung, den Dialog zwischen den Kommunen in Deutschland und in Frankreich zu spezifischen Aufgaben und Themen zu erleichtern und zu unterstützen.

Anlässlich der Veröffentlichung des zweisprachigen Sammelbands, in dem die Ergebnisse dieser vergleichenden Untersuchung dokumentiert sind, fand auf Einladung des dfi und der Wüstenrot Stiftung am 16. Dezember 2011 eine Podiumsdiskussion mit Experten aus Wissenschaft und Praxis statt.

Dr. Stefan Krämer von der Wüstenrot Stiftung führte in die Thematik ein und nahm dabei die Prioritäten deutscher Förder- und Forschungsprogramme in den Blick. Wenngleich Jugendliche im Bereich der Stadtentwicklung für gewöhnlich nicht direkt im Fokus stehen, trägt die seit 1971 bestehende Städtebauförderung und vor allem das 1999 ins Leben gerufene Programm Soziale Stadt auch zunehmend gezielt den Bedürfnissen junger Menschen Rechnung. Besonderes Augenmerk wurde in diesem Kontext auf die Bedeutung öffentlicher Räume für Jugendliche und den Einfluss des Wohnorts auf deren Integrationserfolg gelegt. Das vom Bund geförderte Programm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) beinhaltet ein eigenständiges Forschungsfeld „Jugendliche im Stadtquartier“. Unter dem Stichwort „Jugend macht Stadt“ wurden seit 2009 Modellvorhaben in 32 Kommunen durchgeführt, die auf eine stärkere Beteiligung von Jugendlichen bei der Stadtentwicklung abzielen. Die Fallbeispiele der vergleichenden Untersuchung der Wüstenrot Stiftung und des dfi beleuchten die Arbeit von Städten, die nicht an diesem Modellvorhaben beteiligt waren: Berlin, Essen, Leipzig, Lörrach und Stralsund. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den in diesen Kommunen entwickelten Konzepten des Quartiers- bzw. Stadtteilmanagements, die den Anforderungen Jugendlicher in unterschiedlicher Form Rechnung tragen.

Wolfgang Neumann, assoziierter Forscher des dfi, nahm anschließend die Situation in Frankreich in den Blick und verwies angesichts der größeren Bedeutung der räumlichen Dimension sozialer Probleme in unserem Nachbarland auf die Stadtentwicklung als maßgeblichen Faktor für das Gelingen (oder auch das Scheitern) von Integration. Vor dem Hintergrund eines im Vergleich zu Deutschland erhöhten Problemdrucks, der allein schon in der Anzahl der als Entwicklungsgebiete ausgewiesenen Quartiere – so genannter *zones urbaines sensibles* – zum Ausdruck kommt (derzeit 751), skizzierte Wolfgang Neumann die Stationen der französischen Stadtpolitik seit Beginn der 1980er Jahre. Dabei wurde deutlich, dass sich eine Vielzahl von Maßnahmen der so genannten *Politique de la ville* immer auch gezielt an Jugendliche richtete. Als Beispiel nannte er die seit Jahrzehnten bestehende Schulförderung in speziell festgelegten Bezirken sowie die weitgehende Steuer- und Abgabefreiheit von Unternehmen, die sich in besonders benachteiligten Stadtteilen ansiedeln und dort lebenden (vielfach jungen) Arbeitslosen eine Beschäftigungschance bieten. Hierbei wird deutlich, dass der französische Staat mitunter auch auf positive Diskriminierung setzt, um Teilhabe zu ermöglichen. Perspektivisch lobte Neumann den ungebrochenen politischen Willen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Problemvierteln. Kritisch merkte er jedoch an, dass zentrale Maßnahmen wie die erwähnten

Subventionen für Firmen trotz des anhaltenden Problemdrucks nicht auf Dauer beibehalten werden könnten, da sie zu kostspielig seien.

In der folgenden Podiumsdiskussion erläuterte zunächst der Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg, Werner Spec, das seit 2004 verfolgte Konzept einer nachhaltigen Stadtentwicklung, das im Sinne eines integrierten Ansatzes bewusst auf Bürgerbeteiligung und Prävention, d.h. die frühzeitige Auseinandersetzung mit sozialen Herausforderungen der Zukunft anstelle einer lange Zeit vorherrschenden Reparaturlogik, setzt. Hierzu zähle neben der gezielten Bildungsförderung ab dem Kleinkindalter unter Einbeziehung der Eltern auch die Verhinderung homogener Bevölkerungsstrukturen in gefährdeten Stadtvierteln, um Ausgrenzungsprozessen vorzubeugen, die sich nur schwerlich rückgängig machen ließen. Als konkrete Maßnahme nannte er u.a. die Schaffung von Mietwohnungen in allen Neubaugebieten der Stadt. In diesem Zusammenhang verwies Herr Spec auch auf die Risiken, die sich aus dem demographischen Wandel in Deutschland ergeben. Während etwa aktuell angesichts der angespannten Lage auf dem Immobilienmarkt in Ludwigsburg von Teilen der Bevölkerung Kompromisse bei der Qualität des Wohnumfeldes in Kauf genommen würden, drohe mit einer Entspannung der Situation ein vermehrter Wegzug aus Quartieren mit eingeschränkter Lebensqualität, z.B. aufgrund starker Verkehrsfrequenzen. Hier gelte es frühzeitig anzusetzen, um ein Abdriften dieser Viertel zu verhindern. Daher könne auch die Förderung der E-Mobilität als Teil des integrierten Vorgehens verstanden werden.

Margarete Meyer von der Stadtentwicklung Essen beschrieb die Herausforderungen in einer Stadt, die im Zuge des Strukturwandels viele Einwohner verloren und seitdem mit starken Segregationstendenzen zu kämpfen hat. Bei der Bewältigung der damit verbundenen Aufgaben spielte das Programm Soziale Stadt nach Aussage von Frau Meyer eine wichtige Rolle, da mit dessen Hilfe viel experimentiert werden konnte. Im Mittelpunkt standen dabei Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und die Schaffung einer sozialen Infrastruktur in benachteiligten Quartieren. Auch in Essen wurde dabei frühzeitig auf die Beteiligung der Bewohner gesetzt. Um z.B. Problemen von Vandalismus durch „gelangweilte“ Jugendliche zu begegnen, wendete sich die Stadt gezielt an Verbände vor Ort und entwickelte mit ihnen zusammen Angebote im Schul-, Kultur- und Sportbereich.

Johann Jessen, Professor für Städtebau an der Universität Stuttgart, näherte sich der Thematik aus der Sicht des Stadtplaners und betonte, dass soziale Kohärenz und die Nähe unterschiedlicher Schichten immer das Ziel des Wohnungsbaus gewesen sei. Im Laufe der Jahrzehnte hätten sich jedoch die Prioritäten mehrfach verschoben und es seien jeweils unterschiedliche Akzente gesetzt worden. Auch Herr Jessen stellte die Bedeutung des

Programms Soziale Stadt für den Stadtumbau der vergangenen zehn Jahre heraus: damit sei Städtebauförderung im Sinne eines „Innovationsförderungsprogramms“ neu gedacht worden. Entsprechend zeigte er sich angesichts der von der Bundesregierung beschlossenen Kürzungen des Programms alarmiert. Diese ermöglichten nicht einmal einen „geordneten Rückzug“ und gefährdeten daher auch das bisher Erreichte.

Dr. Lisa Küchel vom Institut für Stadtplanung und Sozialforschung Weeber+Partner knüpfte noch einmal an die Ausführungen von Wolfgang Neumann an und zog einen Vergleich zwischen der deutschen und der französischen Stadtentwicklungspolitik. Grundsätzlich sei für Frankreich zu beobachten, dass Jugendliche zwar häufig als Störenfriede betrachtet würden, es aber dennoch gelungen sei, sie im Rahmen des jüngsten groß angelegten Stadtumbauprogramms zu beteiligen. So dokumentierten junge Bewohner die durch Abriss und Neubau erfolgten Veränderungen in ihrem Viertel z.B. durch Fotoprojekte. Gleichzeitig seien allerdings Defizite bei deren Einbeziehung zu beobachten, wenn es um die Gestaltung der neuen Umgebung gehe. Hier sieht Frau Küchel Deutschland mit seinem bottom up-Ansatz im Vorteil. Im Entwicklungsgebiet Stuttgart-Hallschlag wurden beispielsweise Jugendhearings durchgeführt, durch die Jugendliche Mitwirkungsmöglichkeiten bekamen. Einschränkend ergänzte sie allerdings, dass diese auch nicht immer ausreichend genutzt würden.

Mit Blick auf die vielfach angesprochenen Beteiligungsprozesse vor Ort verwies Stefan Krämer noch einmal auf die wichtige Rolle der Kommunen beider Länder und die Bedeutung vorbeugender Maßnahmen. In diesem Sinne verstehe sich die Wüstenrot Stiftung auch nicht als Feuerwehr, sondern als Förderer präventiver Ansätze. Die gelungene Integration von Jugendlichen könne eine nachhaltige Stabilisierung von Quartieren bewirken. Daher lohne auch der internationale Vergleich in diesem Bereich, wie ihn die nun vorliegende Untersuchung anstellt.

Insgesamt wurde deutlich, dass staatlichen Akteuren in Deutschland wie in Frankreich weiterhin eine tragende Rolle bei der Stadtentwicklung und Integrationsförderung zukommt, weshalb Einsparungen in diesem Feld – gerade wenn es um präventive Maßnahmen geht – sehr kritisch zu beurteilen sind. Gleichzeitig erscheint es angesichts der angespannten Haushaltslage in beiden Ländern unausweichlich, dass auch die Bürger sich vermehrt einbringen und durch zivilgesellschaftliches Engagement aktiv zu einer gelungenen Integration gerade der jungen Generation mit Migrationshintergrund beitragen.